

Datum: 02.12.2016

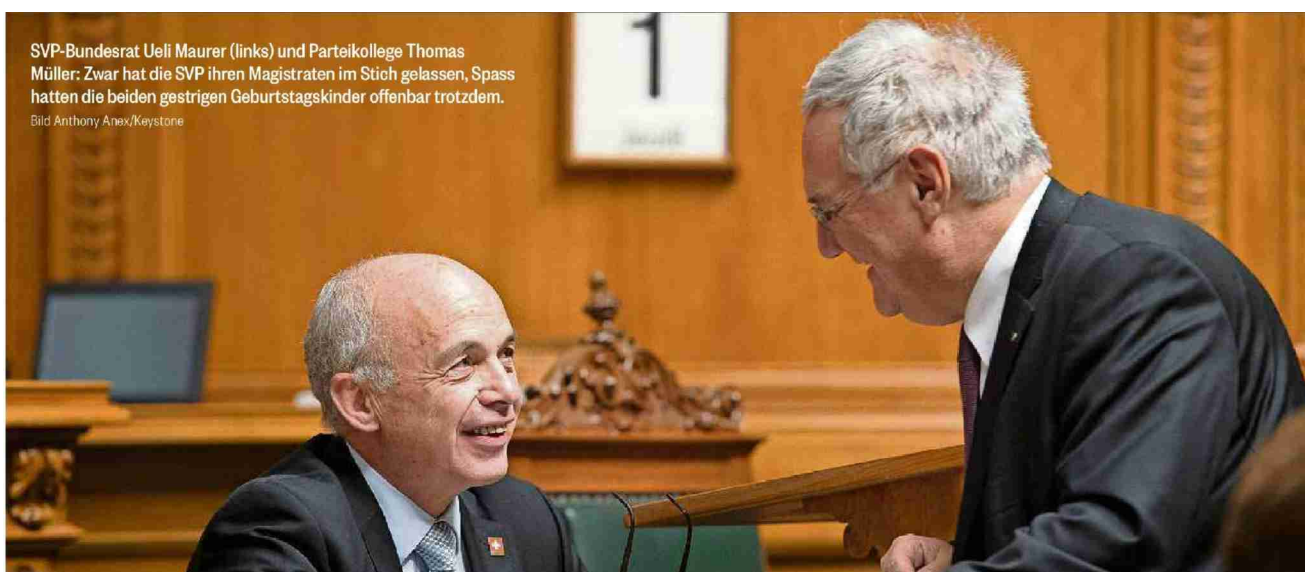
Hauptausgabe

Die Südostschweiz / Graubünden
7007 Chur
081/ 255 50 50
www.suedostschweiz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 32'697
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 999.207
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 17
Fläche: 63'746 mm²



SVP-Bundesrat Ueli Maurer (links) und Parteikollege Thomas Müller: Zwar hat die SVP ihren Magistraten im Stich gelassen, Spass hatten die beiden gestrigen Geburtstagskinder offenbar trotzdem.

Bild Anthony Anax/Keystone

SVP versenkt das Budget ihres eigenen Bundesrats

Die Sparkoalition setzte sich in der grossen Kammer durch – und trotzdem lehnte die SVP zusammen mit der Linken das Budget ab.

**von Doris Kleck**

Zwei Tage lang hat der Nationalrat das Budget für das nächste Jahr beraten. Zwei Tage lang hat er über kleine Ausgabeposten wie das Gleichstellungsbüro oder grosse Brocken wie die Bildung gerungen. Zwei Tage Arbeit – und am Schluss lehnte die SVP zusammen mit der SP und einem Grossteil der Grünen den Voranschlag 2017 ab. Es war ein Paukenschlag, gestern.

Dass die SP das Budget ablehnte, war keine Überraschung. Ihre Vertreter hatten diese Absicht bereits in der Eintretensdebatte geäußert. Die Ratslinke scheiterte fast mit allen ihren Anträgen. Anders die SVP. Zusammen mit der FDP drückte sie dem Budget ihren Stempel drauf. So setzen die beiden Parteien drei «Rasenmäherkürzungen» durch: Beim Personal sollen im nächsten Jahr 50 Millionen Franken gespart werden, bei der Informations- und Kommunikationstechnik 17,4 Millionen Franken und bei den Beratungen und externen Dienstleistungen mehr als 60 Millionen Franken. SVP-Bundesrat Ueli Maurer versuchte die Kürzungen abzuwehren – vergeblich. Mehrmals sagte er in Richtung seiner Parteikollegen und des Freisinns: «Ich fordere Sie auf, einmal gezielt zu sagen, auf was Sie verzichten wollen.» Die Schweiz brauche eine

Finanzpolitik, welche auf die Leistungen abgestimmt und nachhaltig ist: «Mit solchen Querschnittkürzungen erreichen wir das nicht.»

Maurers Widerstand

Den zweiten grossen Erfolg erreichte die rechtsbürgerliche Mehrheit bei den Asylkosten. Der Bundesrat schlug vor, einen Teil davon, 400 Millionen Franken, als ausserordentlichen Aufwand zu verbuchen, und damit nicht der Schuldenbremse zu unterstellen. SVP und FDP wehrten sich dagegen. Ihre Vertreter gaben zwar zu, dass dieses Vorgehen rechtlich zulässig ist. Doch sie wollten eine «Relativierung der Schuldenbremse verhindern». Der Nationalrat kürzte die Asylkosten kurzerhand um 400 Millionen Franken. Dieses Manöver der Bürgerlichen wurde allerdings nur möglich, weil der Bundesrat im Juni bei der Budgetierung noch mit 45 000 Asylgesuchen gerechnet hatte, mittlerweile geht man noch von 30 000 aus. Faktisch wird der Entscheid also keine Konsequenzen haben. Doch Maurer erinnerte an einen Grundsatz: Die Möglichkeit, ausserordentliche Ereignisse ausserhalb der Schuldenbremse zu fordern, sei von der Ratsmehrheit gefordert worden – um beim Budget trotz Schuldenbremse einen Handlungsspielraum zu behalten.

Trotz diesen Erfolgen lehnte die

SVP also das Budget ab. Der Zuger Nationalrat Thomas Aeschi (SVP) begründete dies damit, dass der Voranschlag des Nationalrats noch immer ein Defizit vorweise. Dieses liegt zwar im Rahmen der Schuldenbremse – doch das zählt für die SVP nicht. «Wir erwarten in Zeiten ohne Rezession, dass das Parlament ein ausgeglichenes Budget verabschiedet», sagt Aeschi. FDP-Finanzpolitiker Albert Vitali zeigte sich enttäuscht vom Verhalten der SVP. Das sei keine konstruktive Politik. Sein Parteikollege Bruno Pezzatti sprach von einem «durchsichtigen Spiel». Die SVP befinde sich im Dauer-Wahlkampf-Modus. Der Zuger Nationalrat geht davon aus, dass die SVP den Ständerat unter Druck setzen will, um eine Kürzung bei der Entwicklungshilfe von 100 Millionen Franken durchzubringen: «Wegen der Opposition der CVP und der Linken wird ihr das jedoch nicht gelingen.»

Die Ablehnung des Voranschlags löste im Bundeshaus Hektik aus. Das weitere Vorgehen war lange Zeit unklar. Der Ständerat wird sich nun am Montag über das Budget beugen. Danach ist wieder der Nationalrat am Zug. Gemäss den Parlamentsdiensten wird er die ganze Detailberatung nochmals machen müssen – die Beschlüsse der letzten zwei Tage sind hinfällig geworden.